

Erstmal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends für den folgenden Tag. Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pf. monatlich 60 Pf. Einzelnummer 5 Pf. Bestellungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Verten und Ausgabestellen, sowie allen Postanstalten angenommen.

Frankenberger Tageblatt

und
Bezirks-Anzeiger

Inserat-Gebühren: Einzelblätter 5 Pf.; Best.-Zettel über deren Raum 10 Pf.; im amtlichen Zelle pro Zeile 30 Pf.; „Eingelände“ und Reklame unter dem Redaktionsschild 25 Pf. — Komplizierte Inserate nach besonderem Tarif. — Für Nachweis und Effekten - Annahme werden pro Inserat 25 Pf. extra berechnet.

Amtsblatt der Königlichen Amtshauptmannschaft Flöha, des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rothberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. W. Rothberg in Frankenberg i. Sa.

Anmeldung

Anschluss an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Frankenberg (Sachl.) sind, wenn die Ausführung in dem am 1. September beginnenden zweiten Bauabschnitt des Rechnungsjahres 1898 gewünscht wird, spätestens bis zum 1. August bei dem Kaiserlichen Postamt in Frankenberg anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können erst in dem nächstfolgenden, am 1. April 1899 beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Schemnitz, den 4. Juli 1898.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Geisler.

Vogtl.-Erzgeb. Industrieverein zu Plauen. Preis Ausschreiben

für Musterzeichner der Kleiderstoffbranche.

Der unterzeichnete Vorstand hat beschlossen, für die besten Original-Entwürfe von Mustern für Damenkleiderstoffe, und zwar für:

- 6 Entwürfe in gestreiftem Geschmack,
- 6 Entwürfe in Broché-Geschmack und
- 6 Entwürfe beliebiger Fantasie-Quadratmuster.

folgende Preise auszuschreiben:

- 1 erster Preis à 60 Mark,
- 1 zweiter Preis à 40 Mark,
- 2 dritte Preise à 25 Mark.

Bedingung ist, daß die Entwürfe hinsichtlich Auffassung und Ausführung vom Dagewesenen abweichen, doch muß dabei der herrschenden Moderation Rechnung getragen werden.

Jede zur Preisbewerbung eingereichte Serie ist mit einem Kennworte zu bezeichnen und der Name des Einsenders in einem verschlossenen Couvert, welches mit demselben Kennworte zu versehen ist, bis zum 1. September dss. Jss. dem Vorstande des Vogtl.-Erzgeb. Industrievereins zu Plauen einzusenden.

Den einzelnen Bewerbern ist es unbenommen, mehrere Entwürfe einzureichen, doch muß jeder derselben mit einem besonderen Kennworte versehen sein. Bei den nachfolgenden öffentlichen Ausstellungen der eingelieferten Arbeiten in Glauchau, Meerane und Frankenberg werden die preisgekrönten Entwürfe als solche bezeichnet und mit dem Namen der Zeichner versehen.

Als Preisrichter wirken die Mitglieder des Vereinsvorstandes, welcher Sachverständige der Kleiderstoffbranche hinzuzuziehen wird.

Die prämierten Entwürfe bleiben Eigentum des Industrievereins.

Zur Preisbewerbung sind sämtliche Musterzeichner des Vereins-Bezirks zugelassen, auch wenn sie nicht zu den Mitgliedern unseres Vereins zählen.

Die Namen der Prämierten werden öffentlich bekannt gegeben.

Plauen, den 7. Juli 1898.

Der Vorstand des Vogtl.-Erzgeb. Industrie-Vereins zu Plauen.
Kommerzienrath Erbert, Vorsitzender.

Sächsishe Gedenktage für 1898.

- 10. Juli 1809. Geburt des Prinzen Johann Georg.
- 11. Juli 1806. Die Sachsen erreichen Olmütz und beziehen dort Winter 1871. Truppenzug in Dresden.
- 12. Juli 1871. Nachdem Kronprinz Albert zum Feldmarschall des deutschen Reiches ernannt worden, verleiht ihm auch der russische Kaiser die Würde eines russischen Generalfeldmarschalls.
- 13. Juli 1873. Beschlusstext der Delegierten der sächsischen Militärvereine in Dresden beauftragt zur Gründung vom „Sächsischen Militärvereinbund“.
- 14. Juli 1866. Beginn des Eisenbahntransportes der sächsischen Truppen von Olmütz nach Wien.
- 15. Juli 1890. König Albert besucht die Städte Schwarzenberg, Eibenrock und Oelsnitz.
- 16. Juli 1870. Kronprinz Albert erhält die Nobilitationsnachricht. — 1890. König Albert besucht die Städte Ritschlau, Wittweida und Hofheim.
- 17. Juli 1871. Grundsteinlegung zum Albert-Theater in Dresden.

Wochenschau.

Während in Preußen bereits seit gestern die großen Schulfreien begonnen haben und damit die Heißezeit ihren Höhepunkt erreicht hat, nehmen in Sachsen diese erfrischenden Ruhetage im aufreibenden mühevollen Arbeitswerk des täglichen Schullebens erst Ende nächster Woche ihren Anfang. Die willkommene Ferienzeit leitet auch regelmäßig die stille Zeit in der Politik ein und nur als erfreulich können wir es bezeichnen, wenn es während der Ferien- und Erholungszeit recht still im lieben deutschen Vaterlande zugeht, und weder der Streit in den Parlamenten noch um die Wahlen oder irgendwelche sonstige hochbedeutsame Fragen löst. Der ungetrübten Ruhe kann sich jetzt auch unser Kaiser erfreuen, der sich auch in diesem Jahre wieder, wie stets um diese Zeit, auf seiner Nordlandstrie befindet. Einen Tag erster wehmütiger Erinnerung hat da unser Monarch mit seiner Begleitung in Odde bezogen, dem Orte, in welchem auf der vorjährigen Nordlandstrie der jugendliche und hoffnungsvolle Leutnant v. Dohna, ein Sohn des Chefs des kaiserlichen Militärkabinetts, seinen Tod in den Fluten fand, und wo ihm in diesem Jahre ein Denkmal gesetzt wurde, dessen feierliche Enthüllung im Beisein des Kaisers erfolgte.

In Oesterreich-Ungarn ist die innerpolitische Lage nicht besser, eher noch schlechter geworden. Der Umstand, daß der Kaiser dem einmütig gefassten Beschlusse des niederösterreichischen Landtages, in den Schulen Niederösterreichs die deutsche Sprache als die alleinige Unterrichtssprache einzuführen, seine Sanktion verweigert hat, mußte begreiflicherweise in diesem rein deutschen Bezirke ein hohes Maß von Erbitterung herbeiführen. Zugleich aber erblickt man in der kaiserlichen Entschliessung ein Anzeichen dafür, daß die Regelung der Sprachenfrage überhaupt nicht in dem von den Deutschen gewünschten Sinne erledigt werden könne, gleichgültig, ob der jeweilige Ministerpräsident Wardeni, Gautsch, Thun oder sonstwie heiße. Bekanntlich soll durch Separatverhandlungen mit den Tschechen und Deutschen die böhmische Sprachenfrage wieder in Fluß kommen. Zur Vorbedingung jeder Verhandlung müssen aber die Tschechen selbstverständlich die Aufhebung der Sprachenverordnung. Daß das Ministerium damit bedingungslos einverstanden sei, darf man jedoch nicht nur nach allem Vorausgegangenem, sondern auch deshalb bezweifeln, weil mit den Tschechen bereits ein vorläufiges Einverständnis erzielt sein soll. Zu einem solchen würde es, wenn die Aufhebung der Sprachenverordnung allem anderen vorausgehen soll, schwerlich gekommen sein. Auch das „N. Wiener Tagbl.“ will wissen, der Monarch stehe auf dem Standpunkt, daß ohne vorheriges Einverständnis zwischen Deutschen und Tschechen die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben werden könnten. Bewahrheitet sich das, so wird man auf tschechische „Kompensationsforderungen“, auf welche die Deutschen nicht eingehen können, wohl

gefacht sein müssen. Am morgenden Sonntag soll in Wien eine Odbmännerkonferenz der Linken stattfinden. In derselben wird die Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Führer der Deutschen Böhmens und Mährens an den unordentlichen Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten über die Regelung der Sprachenfrage teilnehmen sollen.

In Frankreich will die Dreifachfrage nicht zur Ruhe gelangen. In der Deputiertenkammer war eine bezügliche Interpellation gestellt worden, deren Beantwortung der Kriegsminister Cavaignac übernommen hatte. Derselbe verdammt mit stonnenden Worten jeden Versuch, das Wiederaufnahmeverfahren gegen den verbannten Exkapitän herbeizuführen, in dem weiter nichts als eine schmachliche Verächtlichung des unbesiegbaren und unbestechlichen Kriegsgewalt zu erblicken sei, das sein Urteil über Dreyfus auf Grund der vorhandenen untrüglichen Beweise gesprochen habe. Die mit großer Leidenschaftlichkeit und in dem Tone ehrlicher Ueberzeugung vorgebrachten Darlegungen des Kriegsministers elektrisirten die Majorität des Hauses förmlich, und das Cabinet trug einen nicht minder glänzenden Sieg davon, als bei seinem ersten Auftreten, das Cabinet, an dessen Spitze Brisson steht, der erklärte und offene Freund Jolas und seiner Sache. Inzwischen hat Frau Dreyfus in einer Eingabe an den Justizminister die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ihren Gatten verlangt, da er gegen die Bestimmung des Gesetzes auf Grund von Beschuldigungen verurteilt worden sei, die ihm nicht mitgeteilt wurden. Die Pariser Zeitung „Aurore“ fordert die Regierung dringend auf, Gestehe zu verhaften, da die Beweise für dessen Verhaftung sich täglich mehren. Das Blatt veröffentlicht einen Brief Gestehe vom 20. Mai 1894, der genau den Inhalt des Dreyfus zugeschriebenen Vorderaus enthält. — Durch den Tod des Ergauners, des Helden des Panamaskandals, Cornelius Herz, sind viele bekannte Staatsmänner Frankreichs, die noch immer fürchterliche Enthaltungen besorgten, von einer schweren Last befreit worden, sie atmen erleichtert auf, daß der Gefährtete, der seine gestohlenen Millionen bis an sein Lebendende unangefochten genießen konnte, den Mund nun endlich für immer geschlossen hat.

In England ist mit dem 1. Juli das Chamberlainische Gesetz, betreffend die Entschädigung der Arbeiter bei Unglücksfällen, in Kraft getreten und eine bedeutsame neue Phase im sozialen Leben Englands ist damit eingeleitet. Für fünf Millionen Arbeiter hat nach amtlicher Berechnung das Gesetz Geltung, und beinahe 200 000 Verunglückte resp. deren Familien werden nach offizieller, aber nicht weniger glaubhafter Schätzung jährlich eine Unterstützung erhalten, die sie vor den drückendsten Entbehrungen schützt. Die andere Frage, wie das Gesetz auf die Interessen der Unternehmer wirken wird, wäre sofort entschieden, wenn die Versicherungsgesellschaften zu einer bestimmten annehmbaren Lage die Unternehmer gegen den Schaden versichern wollten, der dieselben auf Grund des neuen Gesetzes treffen kann. Das ist aber nicht der Fall, vielmehr hat eine Reihe von Gesellschaften so hohe Prämien verlangt, daß es den Unternehmern unmöglich war, sich zu versichern, und, einem Late Chamberlain entsprechend, haben gewisse Unternehmerkreise eine eigene Versicherung auf Gegenseitigkeit begründet.

In der italienischen Deputiertenkammer hat der Ministerpräsident Bissolati sein Programm bekannt gegeben. Die Regierung beabsichtigt im Innern Aufrechterhaltung der Ordnung, befristeten eifrigen Schutz der staatlichen Einrichtungen und der bürgerlichen Gesellschaft und Beruhigung der Gemüter; nach außen den aufschüßigen Frieden und Aufrechterhaltung der besten Beziehungen zu allen befreundeten und verbündeten Mächten. Die Regierung werde ihre Sorge der schrittweisen finanziellen und ökonomischen Aufbesserung des Landes widmen und der Besserung der mißlichen Verhältnisse, in denen sich ein Teil der Bevölkerung

befindet. Zum Schluß kündigte der Ministerpräsident an, die Regierung verlange ein vorläufiges Budget bis zum 31. Dezember und fordere die Kammer auf, dies so schnell als möglich zu beraten. Er beabsichtige folgende Vorlagen aufrecht zu erhalten: 1) Ratifizierung des Belagerungsstaates, 2) die Vorlage über den Zwangsaufenthalt, 3) Verlegung der Verwaltungsbüros, 4) militärische Organisation der Eisenbahnangelegenheiten.

Im amerikanisch-spanischen Kriege war das Hauptereignis der Woche die für die Spanier so unglückliche Seeschlacht vor Santiago. Die Würfeln sind dadurch unabwendbar zu Spaniens Unheil gefallen, das nach dem Verluste zweier stattlicher Geschwader, bei Cavite und bei Santiago, seiner besten Streikräfte beraubt, zur Ohnmacht verurteilt ist. In Spanien selbst scheint trotz der schnellst ergriffenen Abwehrmaßregeln der Ausbruch einer Revolution unabwendbar geworden zu sein, die Erbitterung des Volkes gegen Regierung und Dynastie, welche letzteren natürlich an dem Unglück keine Schuld tragen, kennt keine Grenzen, die Empörung ist eine so allgemeine, daß sie sich zweifellos in einer furchtbaren Explosion Luft machen wird. Zu allem Unglück kommt noch hinzu, daß bei den Truppen selbst kein Vertrauen mehr zu der Heresleitung vorhanden ist und daß eine Meuterei derselben befürchtet werden muß. Der Thronpräsident Don Carlos hält seine Zeit bereits für gekommen und fordert seine Anhänger auf, sich bereit zu halten. — Im Senat zu Washington hat am Mittwoch der Beschlußantrag betreffs der Annexion von Hawaii zwar die Majorität (42 gegen 41 Stimmen), nicht aber die notwendige Zweidrittelmehrheit gefunden. Die Jingo-mehrheit einschließlich des Präsidenten Mac Kinley wird also ihre Ausdehnungspläne, deren Vorhandensein Hr. Andrew White noch vorigen Montag in Leipzig bestritt, so lange vorzuziehen müssen, bis es ihr gelingt, auch im Senat die zur Zweidrittelmehrheit nötigen Stimmen aufzutreiben. Im Repräsentantenhaus sind sie bereits vorhanden, denn dort wurde die Annexion mit 209 gegen 91 Stimmen beschlossen, obgleich der Sprecher des Hauses, der Republikaner Reed, der entschiedenste Gegner der Maßregel ist. Lange indes wird der Widerstand der Senatsoberbehörde wohl nicht dauern. Hat schon der Seeleg von Manila das Selbstbewußtsein und die Eroberungslust der Amerikaner mächtig gefördert, so wird der Seeleg von Santiago vermutlich auch den letzten Widerstand noch brechen.

Derstliches und Sächsisches.

Frankenberg, 9. Juli 1898.

Am morgenden Sonntag wird in den evangelisch-lutherischen Kirchen unseres Landes eine Kollekte für den Bau einer neuen Kirche in Quattitz bei Reußen gesammelt werden. Auf der weitausgedehnten Fläche zwischen Reußen und Mittel einerseits und zwischen Maßschwitz und Luppaa andererseits findet sich keine einzige evangelisch-lutherische Kirche. Die dort gelegenen Orte Quattitz, Jeschütz, Kleinbubrau und Kronsförstchen sind nach Maßschwitz eingepfarrt, während die Evangelischen aus den zur katholischen Pfarochie Nadorb gehörigen Dörfern Dohlowitz, Bornitz, Luttowitz und Werta in die Kirche von Mittel gewiesen sind. Bei der großen Entfernung von den Kirchorten — 2 bis 2 1/2 Stunden — und den im Winter oft ungangbaren Wegen ist der Besuch der Gottesdienste sehr erschwert und ausreichende Seelsorge fast unmöglich. Deshalb ist schon seit vielen Jahren in den kirchlich gesunkenen Bewohnern jener Orte der lebhafteste Wunsch erwacht, eine selbständige Pfarochie mit eigener Kirche und eigenem Pfarrer zu bilden. Und dieser Gedanke soll jetzt nach langem Hoffen und Warten zur Verwirklichung kommen. Die Orte Quattitz, Jeschütz, Kleinbubrau und Kronsförstchen werden auf